



Wer Wind sät ... wird Sturm ernten

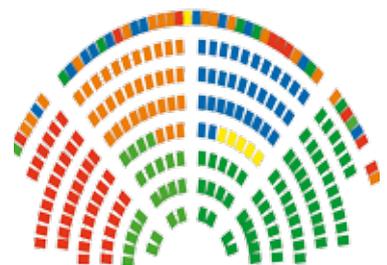
Liebe Genossinnen und Genossen

Aktuell beobachten wir dieses Phänomen in der kantonalen und nationalen Politik. Die Allianz aus SVP, FDP und CVP will ernten, was sie in den Wahlen gesät hat: Einen kleineren, schwächeren, günstigeren Staat. Die gestärkte Rechtsmehrheit setzt den Hebel dazu bei den Finanzen an. Dabei geht es nicht um kleine Optimierungen oder Einsparungen, nein, es geht letztlich um das Staatsverständnis. Die Abbau-Troika will den Staat «verkleinern» und «zurückfahren». Die bürgerliche Finanzpolitik ist dabei Mittel zum Zweck.

Besonders dreist zeigt sich diese Politik am Beispiel der Unternehmenssteuerreform III. Mit dem Pseudo-Argument der Standortförderung sollen Firmen massiv entlastet werden. Die Folgen sind einschneidend: Bund, Kantone und Gemeinden gehen Hunderte von Millionen Franken verloren. Die Konsequenzen sind klar: Entweder werden staatliche Angebote abgebaut oder aber es werden die Kantons- und/oder Gemeindesteuern angehoben (was von der politischen Mehrheit jedoch für den Kanton kategorisch ausgeschlossen wird). Dem gleichen Meccano folgt die kantonale Leistungsüberprüfung 16: Nachdem dem Kanton gezielt Steuermittel entzogen wurden, folgen nun diverse Abbau- und Verlagerungsmassnahmen wie die Reduktion der Krankenkassen-Prämienverbilligungen, das Abwälzen der Kosten der Schulleitungen auf die Gemeinden oder die Einführung eines Seezuschlags bei den ZVV-Tarifen. Die Logik hinter dieser Politik ist immer die gleiche: Entlastet werden wenige – belastet werden alle.

Die SP setzt sich dagegen zur Wehr. Wir wollen die Konsequenzen dieser rechts-dominierten Politik aufzeigen, Gegensteuer geben und Alternativen erarbeiten. Während die Handlungsmöglichkeiten auf Ebene der Parlamente aufgrund der Mehrheitsverhältnisse Grenzen gesetzt sind, sind unsere Chancen in Volksabstimmungen intakt.

Wir wollen einen starken, leistungsfähigen und fortschrittlichen Staat. Auch wenn die aktuelle Ausgangslage nicht einfach ist, braucht es mehr denn je eine starke und kämpferische SP, die dafür sorgt, dass unser Staat nicht vom Wind «verweht und zerzaust» wird.



NATIONALRAT 2016



Das Kürzungspaket «Leistungsüberprüfung 16» braucht es nicht

Die Schuldenbremse im Kanton Zürich heisst «mittelfristiger Ausgleich». Dieser mittelfristige Ausgleich verlangt, dass in den nächsten vier Jahren 1.8 Milliarden Franken bei den Ausgaben reduziert werden «müssen». Um dies zu erreichen, hat der bürgerlich dominierte Regierungsrat das Kürzungspaket «Leistungsüberprüfung 16» erarbeitet. Dieses Paket enthält zahlreiche Massnahmen mit denen auf dem Buckel der breiten Bevölkerung gekürzt werden soll. Die SP-Kantonsratsfraktion hat in akribischer Arbeit eine Finanzstrategie erarbeitet, mit der die geforderten 1.8 Milliarden ohne Leistungsabbau realisiert werden können. Unsere Strategie beruht auf drei Säulen.

Realistisch budgetieren statt Leistungen abbauen: Ein Teil der Direktionen nützt systematisch ihr Budget nicht aus. Das heisst konkret, dass jedes Jahr viel zu hoch budgetiert wird. Mit realistischen Budgets können Dutzende von Millionen gespart werden, ohne dass Leistungen abgebaut werden müssen.

Kooperation statt Konkurrenz: In mehreren Bereichen haben die Rechten in den vergangenen Jahren einen künstlichen Pseudowettbewerb im Kanton inszeniert, der die Allgemeinheit teuer zu stehen kommt. Besonders betroffen ist das Gesundheitswesen. Die völlig sinnlose Konkurrenz zwischen den Spitälern treibt die Kosten immer weiter in die Höhe. Mit dem Verzicht auf ein falsches Konkurrenzmodell und einem Umsteigen auf Zusammenarbeit, können Kosten massiv gesenkt werden. Mit der Forderung nach einem Zürcher Spitalverbund nach dem Muster des ZVV zeigt die SP einen gangbaren Weg auf. Es geht darum die Zusammenarbeit zu stärken und eine unsinnige Investitionsspirale in den Griff zu bekommen.

Einnahmen realisieren: Im Steuerwesen hat es nicht genügend Personal. Dem Kanton entgehen deshalb jedes Jahr Einnahmen in Millionenhöhe. Wenn genügend Steuerkommissäre eingesetzt werden, können diese sicherstellen, dass der Kanton jene Einnahmen generieren kann, die ihm zustehen.

Die SP-Fraktion setzt auf diese Massnahmen und ist bereit, die «Abbaupolitik» der Rechten mit Vehemenz zu bekämpfen. Denn eines ist klar: Mit der SP-Strategie kann auf Leistungsabbau, wie in der «Leistungsüberprüfung 16» vorgeschlagen, getrost verzichtet werden.

Markus Späth, Präsident der SP-Kantonsratsfraktion

Die Stunde der Wahrheit

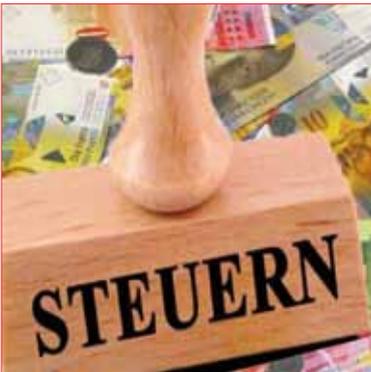
Die Engländer verlassen die Union. Die EU ist unfähig, die Flüchtlingsfrage gemeinsam und solidarisch anzugehen. Die Eurokrise schwellt und kann in einer neuen Finanzkrise eskalieren. Das hoffnungsvolle Projekt eines geeinten friedlichen Europas ist einem erstarkten Nationalismus gewichen. Damit bedienen die Rechtspopulisten die Ängste in der Bevölkerung und untergraben den Rechtsstaat. In dieser europäischen Stimmungslage als Sozialdemokrat die blaue Fahne hochzuhalten, erscheint geradezu naiv. - Ich tue es trotzdem.

Denn für unser Land geht es jetzt nicht um den Zustand der Union, sondern allein darum, wie wir unser Verhältnis zur Umwelt, mit der wir bis heute aufs engste verbunden sind, neu regeln. Die bilateralen Verträge sicherten uns bisher die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt und damit wirtschaftliche Stabilität. Ein Beitritt zur EU war nie konsensfähig und ist es heute noch viel weniger.

Aber nicht die Krise der Union, sondern die knappe Mehrheit des Souveräns hat 2014 mit dem neuen Zuwanderungsartikel in der Verfassung dieses Verhältnis grundsätzlich in Frage gestellt. Jetzt müssen wir rasch entscheiden, wollen wir uns mit allen Konsequenzen von Europa abschotten oder die bilateralen Beziehungen retten und ausbauen.

Es gibt nur zwei Optionen: Entweder setzen wir den Verfassungsartikel so um, wie es die SVP dies will und brechen damit das Freizügigkeitsabkommen. Wir würden damit den Zugang zur europäischen Forschungszusammenarbeit unsere Zusammenarbeit mit der EU blockieren. Auf einen Ausweg aus dem Debakel durch neue Verhandlungen zu hoffen, wäre eine Illusion. Brüssel ist derzeit viel zu sehr mit London «beschäftigt». Eine zweite Option wäre: Wir arrangieren uns jetzt mit Brüssel auf eine Interpretation des Personenfreizügigkeitsabkommens, das aber den Zuwanderungsartikel nicht erfüllen kann. Entsprechende Gesetzesänderungen könnten zwar über ein fakultatives Referendum legitimiert werden, konsequenter ist es allerdings über einen Gegenvorschlag zu RASA eine Verfassungsänderung zu verlangen. Nur so könnte aus meiner Sicht unser Verhältnis mit der EU auf eine stabile Grundlage gestellt werden.

Tim Guldimann, Nationalrat



Energiewende – Elternzeit – Ergänzungsleistungen für Familien

Die Umweltkommission (UmKo) hat einen sehr intensiven Frühling hinter sich. Sie hat eine hochkarätig besetzte Veranstaltung zum Thema «Energiewende und Klimawandel» organisiert und diverse Vernehmlassungsantworten wie z.B. zu den Agglomerationsprogrammen verfasst. Zudem arbeitet die Sub-Gruppe Verkehr an einem Positionspapier zur Elektromobilität. Insbesondere die Frage, wie stark diese gefördert werden soll, sorgt für viel Gesprächsstoff. Viele weitere Veranstaltungen der Fachkommissionen werden derzeit vorbereitet. Die Geschlechterkommission (GeschKo) plant einen Abend zum derzeit viel diskutierten Thema Elternzeit. Und in der Sozialkommission (SoKo) laufen die Vorbereitungen für eine Tagung unter dem Titel «Ergänzungsleistungen für Familien» auf Hochtouren. Für einen spannenden Herbst mit zahlreichen Bildungsveranstaltungen ist also gesorgt.

Jonas Steiner, Politischer Sekretär SP Kanton Zürich



AG Steuergerechtigkeit und AG Wohnen

Zwei schmerzhaft abbaupakete beschäftigen die **Arbeitsgruppe Steuergerechtigkeit**. Das kantonale Kürzungsvorhaben «Leistungsüberprüfung 16» und die Unternehmenssteuerreform III. Bei der Unternehmenssteuerreform muss nicht nur die eidgenössische Vorlage, sondern auch deren Umsetzung im Kanton Zürich bekämpft werden. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe unterstützen die Sektionen bei Unterschriftensammelungen für das Referendum und stellen sich als ExpertInnen für Informationsveranstaltungen zur Verfügung.

Mattea Meyer, Nationalrätin, Leitung AG Steuergerechtigkeit

Nachdem der Leitfaden für eine partizipative Boden- und Wohnpolitik an einer DV vorgestellt wurde, hat die **Arbeitsgruppe Boden- und Wohnpolitik** diesen an den GVs der Bezirke präsentiert und zwei Veranstaltungen für Interessierte durchgeführt. Aktuelle Projekte in den Bezirken und Sektionen wurden erfasst. Zudem wurden die Sektionen bei der Planung von Abstimmungen, Vorstössen und Stellungnahmen konkret beraten. Diese Arbeit soll nun fortgeführt werden. Mit der Neukonstituierung der GL geht die Leitung der Boden- und Wohnpolitik an Sabine Ziegler.

Monika Wicki, Kantonsrätin, Leitung AG Wohnen (bisher)



Echte Entlastung jetzt!

Seit Jahren werden Gutverdienende, Einkommensmillionäre und Grosskonzerne mit Steuergeschenken überhäuft. Seit Jahren zahlen wir alle die Zeche für diese Umverteilungspolitik von unten nach oben. Die JUSO Kanton Zürich will dieser Entwicklung mit einer Entlastung für untere und mittlere Einkommen Gegensteuer geben. Deshalb hat die JUSO eine kantonale Volksinitiative lanciert, welche das Existenzminimum (knapp 20'000 Franken) von den Steuern befreit und dafür die Steuerprogression verschärft. Von der Initiative würden rund 90 Prozent der Bevölkerung profitieren, sie müssten spürbar weniger Steuern zahlen. Für den Kanton wäre das Ganze ein Nullsummenspiel, da die Ausfälle bei den tiefen und mittleren durch die Einnahmen bei den hohen Einkommen kompensiert werden würden. Gerade auch im Kontext der USR III ist es wichtig, offensiv gerechte Steuern und Gebühren zu fordern. Die «Entlastungsinitiative» setzt genau dort an. Den Unterschriftenbogen findest du auf www.echte-entlastung-jetzt.ch.

Nina Hüsler & Lewin Lempert, Co-Präsidium JUSO



SP60+: Neu aufgestellt für eine starke AHV

Die Mitgliederversammlung vom 24. Mai 2016 hat der Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft Alter in SP60+ zugestimmt und damit die bereits auf nationaler Ebene gültige Bezeichnung nachvollzogen. Marianne de Mestral und Karl Gruber, welche sich mit viel Engagement, Sachverstand und politischem Geschick das Co-Präsidium während 15 bzw. 11 Jahren geteilt hatten wurden verabschiedet. Das neue Co-Präsidium, Heinz Jacobi (Zürich 9) und Ursula Blaser-Bysäth (Männedorf), freuen sich auf ihre neue Aufgabe. Beide bringen viel Erfahrung in der Sektionsarbeit mit. Heinz Jacobi bringt zudem Parlamentserfahrung und gewerkschaftliche Vernetzung ein, während Ursula Blaser als Präsidentin des Spitex-Vereins Männedorf in der Gesundheitsversorgung und beruflich zum Thema Arbeitsintegration fachkundig ist. Auch mit neuem Namen vertritt SP60+ die besonderen Bedürfnisse älterer Mitglieder innerhalb der SP Kanton Zürich und gegenüber der Öffentlichkeit. Die SP60+ tritt insbesondere für die Verteidigung der Sozialwerke und gegen jede Form von Sozialabbau ein. Sie unterstützt deshalb aktiv die, von den Gewerkschaften lancierte, Volksinitiative AHV-plus «Für eine starke AHV».

Ursula Blaser-Bysäth, Heinz Jacobi, SP60+





Christine geht – Stefan kommt

Per Mitte August hat Christine Marchetto ihre Arbeit auf dem SP-Sekretariat beendet. Acht Jahre war sie für die interne und externe Kommunikation der SP Kanton Zürich verantwortlich. Sie hat in dieser Zeit viele Verbesserungen realisiert und dank ihren Fähigkeiten war es möglich, Wahl- und Abstimmungskämpfe ohne den teuren Beizug von Werbeagenturen zu bewältigen. Christine Marchetto konnte mit ihrer Arbeit etliche Erfolge feiern, in letzter Zeit zum Beispiel bei den Abstimmungen zur Abschaffung von LaienrichterInnen oder bei der Einführung von Zonen für preisgünstigen Wohnraum. Und last but not least natürlich bei den erfolgreichen kantonalen und nationalen Wahlen 2015. Daneben hat sie das äusserst erfolgreiche Mentoring-Programm der SP Kanton Zürich aufgebaut und damit Dutzenden von neuen Mitgliedern den Weg in die Partei geebnet. Sehr viele der ehemaligen Mentees bekleiden heute Ämter in- und ausserhalb der Partei. Die SP Kanton Zürich dankt Christine Marchetto für ihren unermüdlichen Einsatz und wünscht ihr beim Aufbruch in einen neuen Lebensabschnitt von Herzen alles Gute. Und wir begrüssen ihren Nachfolger Stefan Rüeegger ebenso herzlich. Der frisch diplomierte Kommunikationsfachmann wird mit neuen Impulsen genauso erfolgreich wirken wie seine Vorgängerin. Davon sind wir überzeugt.



Unterschriftensammlung Transparenz-Initiative

Die SP Kanton Zürich muss für die Transparenzinitiative 10'000 Unterschriften sammeln! Das geht nur mit Hilfe aller Mitglieder und SympathisantInnen. Auf unserer Website www.spkantonzh.ch (Transparenz-Initiative) findest du den Unterschriftenbogen (mit Bezeichnung SP ZH oben rechts). Bitte wenn möglich diesen Unterschriftenbogen verwenden. Weitere Informationen findest du auf www.transparenz-ja.ch. Dort kannst du dich auch als HelferIn melden. Und natürlich findet ihr dort alle Inhalte und Argumente, weshalb die Schweiz mehr Transparenz bei der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskämpfen braucht. Macht mit!

Ausblick

Derzeit befinden sich diverse Projekte in der Pipeline. So wird zum Beispiel unsere Website von Grund auf neu programmiert und sollte im Herbst zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf die kommunalen Wahlen 2018 sind Angebote im Entstehen, um die Suche nach geeigneten KandidatInnen zu unterstützen. Im Herbst wird ausserdem zum ersten Mal das sogenannte Parteiforum stattfinden. Dort sollen Themen parteiintern breiter und vertieft diskutiert werden. Das Forum steht allen Parteimitgliedern offen. Frag bei deiner Sektion nach, wenn du teilnehmen möchtest.

Regula Götsch, Generalsekretärin SP Kanton Zürich



Herausgeberin:

Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich
Gartenhofstrasse 15
8004 Zürich
Telefon 044 578 10 00

© 2016 SP Kanton Zürich

www.spzuerich.ch

Falls du keinen elektronischen **Newsletter** bekommst liegt es daran, dass wir deine Mailadresse nicht kennen. Teile sie uns einfach mit, dann bekommst du jederzeit auch die aktuellsten Informationen:
spkanton@spzuerich.ch